STADT **WIEHL**

Vorlage	**Vorlage-Nr:** **2227/2025** Status: öffentlich Datum: 03.03.2025
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema: Bezahlkarte für Geflüchtete.	
Federführend: Fachbereich 1 Bearbeiter/in: Klaudia Madej	
Geplante Beratungsfolge	
18.03.2025 Rat der Stadt Wiehl	

Sachverhalt:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema: Bezahlkarte für Geflüchtete.

Anlagen:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Wiehl c/o

Jürgen Körber
Oberholzen 5 51674 Wiehl
Tel 02262 97669 Fax 02262 999665
Mobil 0171 6519186
juergen_koerber@web.de
Wiehl, den 27.02.2025

An den Bürgermeister der Stadt Wiehl
Herrn Ulrich Stücker
Bahnhofstraße 1, Rathaus
51674 Wiehl

Antrag:
Keine Bezahlkarte für Geflüchtete
Die Stadt Wiehl nutzt die Opt.-Out-Regelung zur Bezahlkarte für Geflüchtete.

Wir beantragen, dass die Bezahlkarte nicht eingeführt wird. Der Rat der Stadt Wiehl beschließt, die Opt.-Out-Regelung zur Bezahlkarte für Geflüchtete zu nutzen und diese im Zuständigkeitsbereich der Stadt Wiehl nicht einzuführen. Die Verwaltung der Stadt Wiehl wird beauftragt, die notwendigen Schritte hierfür im Rahmen der Verordnung zur Einführung einer Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsgesetz gegenüber dem Land NRW vorzunehmen.

Begründung:
Wie in vielen anderen Kommunen lehnen wir die Diskriminierung und Kontrollen der Geldverwendung von Menschen, die um Asyl bitten bzw. sich auf der Flucht befinden und denen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zustehen, ab.
In der Stadt Wiehl sollen Asylsuchende und Geflüchtete auch künftig nicht ausgegrenzt werden.

Ausgehend von einer Vereinbarung der Ministerpräsident*innen und des Bundeskanzlers Ende 2023 hat der Bundestag die Einführung einer Bezahlkarte für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beschlossen und die Länder mit der Umsetzung beauftragt.
Der Landtag NRW hat im Dezember 2024 eine entsprechende Verordnung verabschiedet, in der eine so genannte Opt.-Out-Regelung enthalten ist.
Diese Regelung gibt den Stadtverwaltungen und Kreisen die Möglichkeit, bestehende und funktionierende Verfahren weiterzuführen. In Wiehl sind nach unserer Kenntnis keine oder nur in sehr geringem und zeitlich begrenztem Umfang Barauszahlungen, die mit der

Bezahlkarte vermieden werden sollen, üblich. Vielmehr greift der überwiegende Teil der Menschen im Asylbewerberleistungsbezug bereits auf ein Basiskonto zu und sämtliche Transaktionen können hierüber reibungslos abgewickelt werden.
Über die Bezahlkarte und ihre angebliche Wirkung auf zukünftiges Fluchtverhalten sowie diskriminierende Effekte gab es in den letzten Monaten intensive politische Debatten.
Für den Zuständigkeitsbereich der Stadt Wiehl ist somit relevant, dass die Einführung keine Vereinfachung oder Verbesserung für die Geflüchteten oder die Stadtverwaltung mit sich bringt. Lediglich die negative Stigmatisierung Geflüchteter wird mit einer solchen Einführung erreicht.

Dr. Sonja Wegner	Jürgen Körber
Fraktionssprecherin	Fraktionssprecher